



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Schrodi: Klimaschutzgesetz wird dazu beitragen, die nationalen Klimaziele zu erreichen.

Olching, 10.10.2019

Michael Schrodi, MdB

Ilzweg 1

82140 Olching

Telefon: +49 8142 501 0589

Fax: +49 8142 501 3962

michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Otto-Wels-Haus

Raum: 5.027

Telefon: +49 30 227-77541

Fax: +49 30 227-70541

michael.schrodi@bundestag.de

Bundestagsabgeordneter

„Wer Klimaschutz nicht ernst nimmt, für den Umweltschutz aktive Menschen verhöhnt und beleidigt und Aussagen des Weltklimarats bezweifelt“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Schrodi, „ist entweder Verschwörungstheoretiker oder einfach nur beratungsresistent und realitätsfern.“

Schrodi fordert, Klimaschutz in jedem politischen Gremium, auf jeder Ebene und in allen Politikfeldern umzusetzen – die Kategorien "klimaschädlich", "klimaneutral" und "klimaschonend" auf planende Projekte anzuwenden, sind dabei entscheidungsfördernd.

Auf Bundesebene werden wichtige Pflöcke für einen effektiven Klimaschutz eingeschlagen. Für Michael Schrodi ist das Klimaschutzgesetz das Kernstück der zukünftigen Klimapolitik und die wichtigste Maßnahme auf dem Weg, nationale Klimaziele zu erreichen. Ein Klimaschutzprogramm muss für Schrodi drei Kriterien erfüllen: Es muss sozial ausgewogen, ökologisch wirksam und ökonomisch sinnvoll sein.

„Ich vernehme die Kritik, das Klimaschutzprogramm gehe nicht weit genug oder sei nicht wirkungsvoll“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete. „Ich möchte allerdings dazu aufrufen, die Gesamtheit der Maßnahmen zu betrachten.“

Wichtigster Bestandteil des Klimaschutzgesetzes ist ein wirkungsvoller Kontrollmechanismus, der die einzelnen Ministerien verpflichtet, jährliche CO₂-Minderungsziele zu erreichen. Die Vorgaben entsprechen den Zielen, die das Pariser Klimaabkommen und die Europäische Kommission gesetzt haben, und werden jedes Jahr vom Klimakabinett und einem Expertenrat überprüft. Reichen die beschlossenen Maßnahmen in einem Bereich nicht aus, damit die Treibhausgasneutralität 2050 erreicht wird, wird nachgesteuert und ein Sofortprogramm aufgesetzt.

Michael Schrodi, der im Bundestag Mitglied im Finanzausschuss und im Ausschuss Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit ist, verweist auf die insgesamt 54 Milliarden Euro, die der Staat



bis 2023 bereitstellt, um Maßnahmen zur Vermeidung von CO₂ zu fördern.

Insbesondere bei Verkehr und Wohnen wird der Umstieg auf klimaneutrale Formen der Mobilität und der Wärmeversorgung vorangetrieben und – das ist den Sozialdemokraten besonders wichtig – darauf geachtet, dass kein Bürger und keine Bürgerin finanziell überfordert wird.

Mobilität wie auch Wohnen muss bezahlbar bleiben. Denn was bei der Debatte um den ebenfalls im Programm enthaltenen CO₂-Preis und seine Höhe gerne vergessen wird: Klimaschutz lässt sich nicht allein über den Preis von CO₂ erreichen. Solange keine Alternativen zur Verfügung stehen, trifft es mit einem hohen Einstiegspreis vor allem Menschen, die nicht mal eben ein neues Auto oder eine moderne Heizung kaufen können. Bis 2025 soll der Preis pro Tonne CO₂ auf 35 Euro steigen. Im Jahr 2026 wird es keinen Festpreis mehr geben. Außerdem wird dann eine maximale Menge an CO₂ festgelegt, die ausgestoßen werden darf. Sie wird von Jahr zu Jahr geringer und ergibt sich aus den Klimazielen. Der 42-Jährige verweist in diesem Zusammenhang aber auch auf die Kompromisse, die zwischen den Regierungsparteien eingegangen wurden, zum Beispiel bei der Windenergie. „Hier hat die SPD dafür gekämpft, dass die Windenergie weiter ausgebaut werden kann. In Bayern bleibt die Windausbaubremse 10H-Regel jedoch erhalten. Wir wollen aber erreichen, dass auch die bayerischen Kommunen von dieser Abstandsregelung nach unten abweichen und wir diese Regel eines Tages ganz abschaffen können.“